

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien

am 29.11.2016

Wien, 08.11.2016

Unnötige Abgaben und bürokratische Mehraufwände abbauen!

Überregulierung und unnötige Abgaben machen Österreichs UnternehmerInnen zu schaffen. Schon während der Unternehmensgründung in Österreich sind laut einer Weltbank-Untersuchung durchschnittlich acht Verfahrensschritte notwendig, während man in den Niederlanden mit vier Genehmigungen auskommt. Insbesondere wird UnternehmerInnen dort, wo sie auf Informationen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand angewiesen sind, der Bezug dieser durch bürokratische Mehraufwände und Gebühren unnötig erschwert:

Firmendaten stehen der Öffentlichkeit via Internet nur gegen Entgelt zur Verfügung. Dabei werden Informationen der öffentlichen Hand von Privaten gegen Gebühr veräußert. Hier wird mit Informationen, die Allgemeingut sind, Geschäft gemacht.

Eintragungen im Firmenbuch und sonstige vom Firmenbuchgericht vorzunehmende Veröffentlichungen sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ bekannt zu machen. Diese kostenpflichtige Veröffentlichungspflicht ist gerade in Zeiten des Internets ebenso veraltet wie weithin nutzlos.

Firmengründungen erfordern eine notarielle Beurkundung. Der mangelnde Wettbewerb auf Grund der geringen Anzahl an Notaren hat entsprechend hohe Honorarforderungen zur Folge. Wir wollen hier mehr Wettbewerb.

UnternehmerInnen die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen wollen, können diese „öffentlichen“ Informationen gesamtheitlich nur bei kostenpflichtigen Dienstleistern

einsehen. Auch hier wollen wir ein Ende der Geschäftemachereien mit Abogebühren und fordern eine österreichweit einheitliche, kostenlose Lösung.

Der SWV Wien stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, diesen zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Wien wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- Firmendaten der Öffentlichkeit im Internet künftig ohne Entgelt zur Verfügung stehen und der Verkauf dieser Grundinformationen durch Private unterbunden wird.
- die gesetzliche Verpflichtung zur Publikation von Firmenbucheinträgen im Amtsblatt der Wiener Zeitung abgeschafft wird.
- eine österreichweite Plattform zur Sammlung und Publikation aller öffentlichen Ausschreibungen eingerichtet und UnternehmerInnen kostenlos zur Einsicht und Auftragsbewerbung verfügbar gemacht wird.
- Firmenbucheinträge künftig nicht nur von Notaren, sondern auch von Anwälten rechtsverbindlich ausgeführt werden können.



LAbg. GR KommR Fritz Strobl
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Wien



Marcus Arige
Fraktionsvorsitzender des SWV Wien